

Terror im Lokalen: Wie Bürgermeister und Gemeinderäte bedroht werden

Von Alexander Roth

Veröffentlicht: 14.01.2020 15:16



Gemeinderätin Gudrun Wilhelm im Gespräch über anonyme Drohbriefe. Foto: Alexandra Palmizi

Gudrun Wilhelm war an einem Vormittag vor einigen Jahren alleine zuhause, als der Briefschlitz an der Haustür klapperte. Ihr Gefühl sagte ihr: Jetzt ist wieder ein Drohbrief gekommen. Sie riss die Türe auf und stürmte aus dem Haus. „Den ganzen Ort bin ich abgerannt“, erzählt sie. Vergeblich. Keine Spur von dem anonymen Absender. „Als hätte ein Geist den Brief eingeworfen.“

Gudrun Wilhelm (Freie Liste) ist Gemeinderätin in Kirchberg. Wie viele Lokalpolitiker in Deutschland erhielt sie jahrelang Drohungen. Wegen ihrer politischen Arbeit. „Wir wissen alles über Sie“, stand in den anonymen Briefen, die sie bekam. Verbunden mit der Drohung, "es" öffentlich zu machen. Was gemeint war, weiß sie nicht. „Diese Serie von Briefen hat mich schon mitgenommen.“

Spätestens seit dem Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, dem im Juni 2019 vor seinem Wohnhaus in den Kopf geschossen wurde, beschäftigen Drohungen gegenüber Politikern die Bundesrepublik. Zuletzt hatten zwei Bürgermeister deutschlandweit für Schlagzeilen gesorgt: Arnd Focke (SPD) aus dem niedersächsischen Estorf, weil er aufgrund von Drohungen zurückgetreten ist. Und Christoph Landscheidt (SPD) aus Kamp-Lintfort in Nordrhein-Westfalen, weil er sich aufgrund von Drohungen bewaffnen wollte.

Die Bedrohungslage in Zahlen

Die Zahlen sind erschreckend: Das Bundeskriminalamt hat im vergangenen Jahr 1256 Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger registriert, darunter 43 Gewaltdelikte. Im Jahr davor waren es gar 1840 Straftaten bei 41 Gewaltdelikten. In Baden-Württemberg ist die Zahl im vergangenen Jahr sogar gestiegen – von 81 Vorfällen im Jahr 2018 auf 104.

In einer Umfrage der Zeitschrift „Kommunal“ gaben zudem acht Prozent aller Kommunen in Deutschland an, dass dort Bürgermeister, Mitarbeiter oder Gemeinderäte bereits das Opfer von Angriffen gewesen seien. Über 40 Prozent der Kommunen seien darüber hinaus schon in irgendeiner Form mit Hassbotschaften konfrontiert gewesen.

Wie sieht es im Kreis aus?

Wir haben deshalb alle Bürgermeister aus dem Kreis, sowie dutzende Gemeinderäte nach ihren Erfahrungen gefragt. Das Ergebnis zeigt: Gudrun Wilhelm ist nicht alleine. In unserer Region werden seit Jahren – und über Jahre hinweg – Lokalpolitiker bedroht. Teilweise sogar mit dem Tod. Nicht alle wollen öffentlich darüber sprechen. Zu tief sitzt bei manchen die Angst, erneut Opfer zu werden.

Wer aber sind die Menschen, von denen die Drohungen ausgehen? Darauf liefern die Antworten der Politikerinnen und Politiker keine eindeutige Antwort. Aber zahlreiche Hinweise.

Häufig geht es bei den Drohungen ums politische Tagesgeschäft

Die Briefe, die Gudrun Wilhelm bekommen hat, bezogen sich immer auch auf ihre politischen Entscheidungen und Äußerungen im Gemeinderat. Es ging sozusagen ums Tagesgeschäft. Über den oder die Absender konnte die Polizei nichts herausfinden, sagt sie. Die Briefe seien in einem Briefzentrum abgestempelt worden, ein Absender hätte nicht dabei gestanden, und über das Umfeld der Person ließ sich auch nichts herauslesen. „War es ein Frauenhasser? Ein politischer Gegner? Ein Nachbar? Ich weiß es nicht.“

Der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky (Freie Wähler) hat in den letzten Jahren ebenfalls immer wieder Drohungen erhalten – „auch persönlicher Art“. Einige davon standen in anonymen Briefen, die teilweise an seine Privatadresse geschickt wurden. „Diese Briefe habe ich stets an die Polizei weitergegeben“, so Hesky. Hintergrund der Drohungen seien unter anderem die Themen Windkraft, Flüchtlingsunterbringung und Geschwindigkeitsüberwachung gewesen.

Auch der Korber Gemeinderat Gerhard Brenner (Grüne) hat schon mehrfach anonyme Briefe bekommen. Einmal bekamen er und ein Parteikollege kurz vor Weihnachten ein Pamphlet, dessen „Inhalt, in den Augen der Betroffenen, gespickt war mit Beleidigungen, Drohungen und einem toten stinkenden Fisch“, wie es in einer Stellungnahme seiner damaligen Fraktion hieß.

"Ich erschieße Sie"

Insgesamt drei Mal wurde ein Bürgermeister aus dem Kreis, der lieber anonym bleiben möchte, während seiner politischen Laufbahn bedroht. Zweimal wurde ihm per Telefon angekündigt: „Ich erschieße Sie“. Beide Male waren ortspolizeiliche Maßnahmen der Hintergrund, beide Male habe er keine Anzeige erstattet. Er wisse, wer die Anrufer waren. „Hier auf dem Land kennt man seine Pappenheimer“. In Rücksprache mit der Polizei wurden die Anrufe ihm zufolge als „verbale Entgleisung ohne realistische Chance auf Umsetzung“ eingestuft. Angst habe er nicht gehabt.

Anders der dritte Fall: Im Jahr 2013 wurde er von Rechtsextremen bedroht. Seine Frau rief ihn irgendwann an und sagte, dass immer wieder Autos mit auswärtigen Kennzeichen ums Haus fahren würden. Die Rechtsextremen hatten so etwas angekündigt. „Wir kommen wieder“, hatten sie gesagt. Zu den Hintergründen wollte der Bürgermeister sich, zumindest öffentlich, nicht weiter äußern. Die Polizei schaltete sich wieder ein, das Haus wurde überwacht. „Das gab uns Sicherheit“, erzählt er. Auch hier habe er auf eine Anzeige verzichtet.

Rechtsextreme Drohungen: "Gehen Sie in ihr Land zurück"

Er ist nicht der einzige, der von Drohungen aus dem rechtsextremen Spektrum berichtet. Eine Stadträtin mit Migrationshintergrund, die anonym bleiben möchte, erhielt über Jahre hinweg „Hassbriefe“. Sie geht anhand des Schreibstils davon aus, dass diese immer von derselben Person kamen – ganz sicher aber „von rechts“. Direkte Drohungen enthielten die Briefe nicht, aber es würde eine Atmosphäre geschaffen, die bedrohlich wirkt. „Gehen Sie in ihr Land zurück!“, stand beispielsweise darin.

„Viel bedrohlicher fand ich aber, dass eine rechtsorientierte Homepage meine Aussagen aus dem Gemeinderat zitiert und kommentiert hat“, erzählt sie. „Vor allem, weil es für jemanden der gewalttätig ist, so leicht ist mich zu finden.“

Große Probleme mit Reichsbürgern

Besonders große Probleme scheint es in den Kommunen mit sogenannten „Reichsbürgern“ zu geben. Diese erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht an – ebenso wenig wie ihre Vertreter. Daher mag es wenig überraschen, dass mehrere Bürgermeister und Gemeinderäte unabhängig voneinander von verbalen Drohungen bis hin zu tätlichen Angriffen durch Reichsbürger berichten. Auffällig ist, dass sie allesamt anonym bleiben möchten – zu groß sei hier die Gefahr, erneute Attacken zu provozieren.

Der Kreis ist mit dem Problem nicht alleine. Der bereits zuvor erwähnten „Kommunal“-Umfrage zufolge hatte fast ein Drittel aller deutschen Kommunen bereits persönlichen Kontakt mit Reichsbürgern im Rathaus.

Die AfD im Fokus von Linksextremen

Doch nicht nur vom rechten Spektrum gehen Bedrohungen für Lokalpolitiker aus. Michael Malcher (AfD), Kreisrat und Stadtrat in Backnang, wurde im vergangenen Jahr bei einem Infostand tätlich angegriffen. Die Attacke sei „eindeutig dem linken Spektrum zuzuordnen“, sagte ein Sprecher der Polizei damals. Malcher erstattete Anzeige. „Die verbalen Attacken

wie ‚Ihr gehört alle vergast‘ oder ‚Zyklon B für AfD‘ habe ich gar nicht erst weiter verfolgt oder zur Anzeige gebracht, da hätte ich sehr viel zu tun.“ Andere AfD-Politiker aus dem Kreis berichten von ähnlichen Vorfällen.

Woran es liegt, dass Lokalpolitiker immer wieder bedroht und eingeschüchtert werden, können auch all die Berichte, die wir in den letzten Tagen erhalten haben, nicht klären. Bemerkenswert ist aber, dass darin häufig von einer „Verrohung der Gesellschaft“ die Rede ist, die viele mit dem Aufkommen der sozialen Medien verbindet. Teilweise antworteten uns Gemeinderäte sogar sinngemäß: „Ich habe noch keine Drohungen erhalten. Aber ich habe auch kein Facebook-Profil.“ Auf der anderen Seite haben alle, die von konkreten Drohungen gegen ihre Person berichten, diese per Mail, Brief, Telefon, oder von Angesicht zu Angesicht erhalten.

Wie schützt man "das Rückgrat der demokratischen Gesellschaft"?

Ebenso offen bleibt die Frage, was man gegen die Bedrohungslage tun kann. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat die kommunale Ebene kürzlich in einem Interview als „das Rückgrat der demokratischen Gesellschaft“ bezeichnet. „Die Bundesregierung hat die zunehmende Bedrohung von Kommunalpolitikern sowohl im digitalen Raum als auch in der realen Welt im Blick“, sagte er der „Rheinischen Post“.

Gudrun Wilhelm fragt sich, wie der Staat Kommunalpolitiker konkret schützen will. „Vor jedem Wahlkampf macht man so gut wie alles über sich öffentlich. Man spricht mit hunderten Leuten. Wie soll ich Leute dazu bewegen, sich mit mir gemeinsam in der Politik zu engagieren, wenn sie dann mit Drohungen rechnen müssen?“ Die Polizei hätte ihr damals jedenfalls nicht helfen können. Sie macht den Beamten allerdings keinen Vorwurf. Auch könne niemand rund um die Uhr ihren Briefkasten bewachen.

"Man gibt diesen Heckenschützen viel zu viel Macht"

Wilhelms Vorschlag ist deshalb ein anderer: „Man muss damit an die Öffentlichkeit gehen. Jeder, der betroffen ist, sollte sagen: ja, auch ich bekomme solche Briefe. Die Solidarität wäre eine andere. Vielleicht ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, an dem wir anders miteinander umgehen und aufeinander achten müssen. Man gibt diesen Heckenschützen viel zu viel Macht.“

Sie selbst bekomme heute immer noch anonyme Briefe. Diese seien aber weniger bedrohlich. Und auch ihr Umgang damit habe sich verändert. "Wenn mir jemand etwas nicht ins Gesicht sagen kann, hake ich das für mich ab."

In einer Nacht vor etwa einem Jahr hörte sie erneut den Briefschlitz an der Haustür klappern. "Aus dem Fenster konnte ich sehen, wie eine Gestalt sich im Dunkeln davonmachte. Ich habe genau gewusst, wer es war", erzählt Gudrun Wilhelm. Am nächsten Morgen habe sie den Mann dann getroffen. Und ihn zur Rede gestellt:

„Du hast mir einen Brief geschrieben.“

„Ja, und?“, habe er geantwortet. Ohne es zu leugnen, ohne jede Spur von Reue.

„Du hast vergessen zu unterschreiben.“

Drohungen gegen Politiker: "Es gibt keinen Schutz"

Von Alexander Roth

Veröffentlicht: 17.01.2020 15:33



Der Landtagsabgeordnete Ulrich Goll (Wahlkreis Waiblingen) beim Neujahrsgespräch des Rems-Murr-Kreisverbandes. Foto: Gabriel Habermann

Im Rems-Murr-Kreis werden seit Jahren – und über Jahre hinweg – Lokalpolitiker bedroht. Teilweise mit dem Tod. Das hat unsere Umfrage unter Bürgermeistern und Gemeinderäten ergeben. Ulrich Goll (FDP), Landtagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Waiblingen und ehemaliger Landesjustizminister, hat dazu eine klare Meinung: „Sowas kann jeder blöde Feigling.“

Ulrich Goll war von 1996 bis 2002 und von 2004 bis 2011 Justizminister von Baden-Württemberg. Schon vor einigen Jahren hatte der 69-Jährige auf die Bedrohung von Politikern aufmerksam gemacht – und damit eine Kontroverse ausgelöst.

Berichten zufolge soll er im Jahr 2010 gesagt haben, er könne sich vor Bedrohungen selbst besser schützen, als jeder Personenschützer. Goll streitet das ab. Auch die Tatsache, dass er einen Waffenschein sowie eine Schusswaffe besitzt, war Gegenstand der Kontroverse. Der Spiegel hatte ihn deshalb als „schwäbischen Cowboy“ bezeichnet, die Opposition als „Minister für Selbstjustiz“.

Auch Goll wurde mit dem Tod bedroht

„Ich bin kein wilder Schiesser“, sagt Goll heute im Rückblick auf die Kontroverse. Seinen Waffenschein habe er immer noch, ebenso eine Waffe. Er komme seit 2011 regelmäßig zum Schießen nach Waiblingen, wo er mit Polizisten trainiere. Das habe er auch in seiner Zeit als Justizminister getan – damals allerdings in Stuttgart. „Mir ging es beim Schießen immer hauptsächlich um die netten Kontakte zur Polizei“, sagt er.

Damals habe er außerdem nicht die ganze Geschichte erzählen können. „Während meiner Zeit als Justizminister hat mich ein Mann mit dem Tod bedroht. Er hat alles über mich gelesen. Dass ich meine Waffe noch nie außerhalb meines Hauses getragen habe, wollte ich daher lieber nicht öffentlich sagen.“ Der Mann habe ihm regelmäßig Briefe geschrieben. Schon alleine wegen seiner Funktion als Strafvollzugsbeauftragter seiner Fraktion habe Goll sich mit diesen beschäftigen müssen.

Die Morddrohungen gegen den ehemaligen Justizminister seien der Grund gewesen, dass die Haftstrafe des Mannes, der wegen eines anderen Deliktes verurteilt worden war, sich um ein Jahr verlängerte. Mehr könne Goll dazu nicht sagen, denn: Der Mann sitze bis heute in Sicherungsverwahrung – und verfolge immer noch jede seiner Äußerungen. Der ehemalige Justizminister würde informiert, sollte der Mann wieder freigelassen werden. Wie aber können sich Politiker vor Drohungen und Angriffen schützen? „Es gibt keinen hundertprozentigen Schutz“, sagt Goll – und belegt das mit zwei Beispielen.

Maschinengewehre rund um den Tennisplatz

„Sie erinnern sich vielleicht an den Fall des Hockenheimers Oberbürgermeisters Dieter Gummer.“ Im Juli 2019 hatte ein Mann an der Haustür des SPD-Politikers geklingelt. Als er die Tür öffnete, wurde Gummer zusammengeschlagen und musste anschließend auf der Intensivstation eines Krankenhauses versorgt werden. „Natürlich kann man jetzt sagen: Ich bin vorsichtig, wem ich die Tür öffne“, so Goll. Aber auch das reiche letztlich nicht aus.

„Zur Hochphase der RAF habe ich in meiner Heimat, am Bodensee, Tennis gespielt. Auf dem Platz nebenan war der damalige Bundesinnenminister Werner Maihofer“, erzählt Ulrich Goll. „Um das Spielfeld herum standen an jeder Ecke Polizeibeamte in Kampfmontur. Mit Maschinenpistolen. Und trotzdem: Wenn aus einiger Entfernung jemand mit einer entsprechenden Waffe auf ihn geschossen hätte – der ganze Polizeischutz hätte nichts genutzt.“

Die Leute, die Politiker bedrohen, wären sich dieser Tatsache bewusst und nutzten diese aus. Aber, so Goll, „99,9 Prozent der Leute, die so etwas machen, legen es nur darauf an, einem Angst zu machen.“

"Die AfD wird schauen, dass Leute wie Sie wegkommen"

Von Alexander Roth

Veröffentlicht: 11.02.2020 15:18



Der Welzheimer Gemeinderat Philip Königter. Foto: Joachim Mogck

Immer wieder werden Politiker Opfer von Drohungen und Angriffen. Offizielle Zahlen belegen, dass die Zahl der politisch motivierten Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger 2019 deutschlandweit deutlich angestiegen ist. Auch Bürgermeister und Gemeinderäte aus dem Rems-Murr-Kreis berichteten unserer Zeitung von derartigen Vorfällen.

Das Bundeskriminalamt (BKA) zählte für das vergangene Jahr 1451 solcher Taten, 2018 waren es noch 1256. Das geht aus einer Antwort des Innenministeriums auf Anfrage der Bundestagsabgeordneten Gökay Akbulut (Linke) hervor, die unserer Redaktion vorab vorliegt.

„Die meisten Fälle dürften Sachbeschädigungen und Drohungen sein“, schreibt der Tagesspiegel unter Berufung auf Sicherheitskreise. Das Tatmotiv im überwiegenden Teil der Straftaten, die zugeordnet werden können, wird vom BKA als „rechts“ eingestuft.

„Ich soll aufpassen, wenn ich alleine draußen rumlaufe“

Auch Philip Königter (Piratenpartei), Stadt- und Kreisrat aus Welzheim, wurde in der Vergangenheit mehrfach von Rechten bedroht. Nicht nur aus der Distanz, auch von Angesicht

zu Angesicht. Köngeter ist seit über zehn Jahren politisch aktiv, aber er weiß noch genau, wann alles angefangen hat: 2015, im Jahr der sogenannten Flüchtlingskrise. Er war von Beginn an im Freundeskreis Asyl in Welzheim aktiv. „Wir dachten damals, dass man etwas tun muss“, erinnert er sich. „Ich habe unter anderem das Erstellen der Webseite übernommen. Da in Deutschland Impressumspflicht herrscht, und wir am Anfang keine Geschäftsstelle hatten, stand dort mein Name und meine Privatadresse.“

Bald sei der erste Brief gekommen. Am Computer geschrieben, ohne Absender, nur der Poststempel eines Briefzentrums in Göppingen. „Darin stand, ich soll aufpassen, wenn ich alleine draußen rumlaufe“, sagt Köngeter, „und dass ich das deutsche Volk nicht verraten soll.“ Es folgte ein zweiter Brief, mit abgetippten Links zu Webseiten, die rechte Verschwörungen gegen Flüchtlinge verbreiten. Von „Umvolkung“ sei die Rede gewesen.

Heute würde er zur Polizei gehen

„Ich bin damals nicht zur Polizei gegangen“, sagt Köngeter. Von Angriffen und Drohungen gegen Politiker hätte man zu der Zeit wenig gehört. „Heute, mit dem was ich jetzt weiß, würde ich das ganz sicher melden. Selbst wenn es nichts bringt, weil man die Briefe kaum nachverfolgen kann. Nur für die Statistik.“

Dass sich nach 2015 etwas in der politischen Landschaft verändert hat, steht für Köngeter außer Frage. „Man hat das auch vor Ort gespürt.“ Es hätten sich regelrechte Lager gebildet, befeuert von Fake-News über Geflüchtete. „Wir haben das damals rigoros bekämpft.“, so Köngeter. „Einmal hieß es, Flüchtlinge würden in einem Supermarkt klauen. Ich habe dann mit der Geschäftsleitung gesprochen, die davon überhaupt nichts wusste. So konnten wir das richtigstellen.“

Das habe einigen Leuten nicht gepasst, sagt Köngeter. Im Jahr 2018 sei er mit Freunden in einer örtlichen Kneipe gewesen. „Es war relativ spät, wir wollten einfach nur was trinken und unsere Ruhe haben.“ Plötzlich habe ihn ein bekannter Rechtsextremist aus der Umgebung von hinten angerempelt und ihn „Volksverräter“ und „Linksextremist“ geschimpft.

Der damalige Kneipenwirt habe die Situation zum Glück schnell erkannt – und den Rechtsextremisten rausgeworfen. „Die Courage, die er gezeigt hat, hat mir sehr geholfen“, sagt Köngeter. „In so einer Situation weiß man aber nicht – kann ich jetzt gefahrlos vor die Tür gehen?“ Ein Freund habe ihn deshalb sicherheitshalber bis nach Hause begleitet.

Aus Angst nicht zur Wahl gestellt

Die Angst vor solchen Drohungen habe dazu geführt, dass einige Menschen Anfang 2019 nicht für die Piratenpartei zur Kommunalwahl im Rems-Murr-Kreis antreten wollten. „Obwohl sie eigentlich Interesse bekundet hatten“, sagt Köngeter. Auf dem Wahlzettel stand damals nämlich die vollständige Privatadresse der Kandidaten. Köngeter habe dafür Verständnis. „Ich bin zum Glück ledig, aber was, wenn jemand Kinder hat? Man muss sich gut überlegen, ob man das will.“

Von zwei SPD-Abgeordneten dazu befragt, antwortete das baden-württembergische Innenministerium im August vergangenen Jahres, wenige Monate nach der Wahl: „Es wäre grundsätzlich denkbar, nur die Angabe des Wohnorts sowie eventuell – soweit möglich – eines Ortsteils [...] auf den Stimmzetteln für die Kommunalwahlen vorzuschreiben.“

Kurz nach der Kommunalwahl gab es laut Köngeter auch den nächsten Vorfall, diesmal in einer anderen Kneipe. Der Welzheimer und ein Freund wollten nur noch kurz einen „Absacker“ trinken. „Du merkst es manchmal schon an den Blicken“, erzählt er. „Da sitzt einer, mit dem du noch nie ein Wort geredet hast, und du weißt, der will Ärger.“

So kam es dann auch. Die Worte des Mannes lauteten Köngeter zufolge: „Da ist er wieder, der Pirat, der beschissene Linke. Die AfD wird schon schauen, dass Leute wie Sie wegkommen.“ Köngeter habe geantwortet: „Dann soll die AfD sich doch endlich aus ihren Löchern trauen und antreten.“ Der Wirt habe den Mann schließlich zurechtgewiesen, und dieser sei dann von sich aus gegangen.

Die Gesellschaft muss zu ihren Politikern halten

Noch heute macht die Erinnerung daran den Welzheimer fassungslos. „Wo sind wir eigentlich hingekommen, dass man nicht mehr normal miteinander reden kann?“, fragt er. Als Kommunalpolitiker sei er häufig mit Beschwerden und Vorwürfen konfrontiert, ob es nun um Straßensanierungen oder den nächsten Haushalt gehe. „Aber das ist etwas völlig anderes.“

Philip Köngeter verfolgt die öffentliche Debatte um Angriffe und Drohungen gegen Politiker als Betroffener besonders aufmerksam. „Es ist schon irre, wenn Bürgermeister zurücktreten, weil sie bedroht werden, und andere darüber nachdenken, sich zu bewaffnen*. Was kommt als nächstes? Gepanzerte Fahrzeuge für Kommunalpolitiker?“

Wichtig findet er deshalb, dass die Gesellschaft zu ihren Politikern hält. „Natürlich braucht man selbst auch Rückgrat, um diesen Job zu machen“, so Köngeter. „Aber manchmal hilft es auch schon, wenn einer ankommt und sagt: Das ist schon richtig, was ihr da macht.“

Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger

Die bislang für 2019 gemeldeten 1451 politisch motivierten Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger verteilen sich laut BKA wie folgt auf die „Phänomenbereiche“:

- Nicht zuzuordnen: 623
- Rechts: 539
- Links: 270
- Ausländische Ideologie: 13
- Religiöse Ideologie: 6

**Zwei Bürgermeister hatten in diesem Zusammenhang für Schlagzeilen gesorgt, darauf spielt auch Philip Köngeter im Gespräch an: Arnd Focke (SPD) aus dem niedersächsischen Estorf, weil er aufgrund von Drohungen zurückgetreten ist. Und Christoph Landscheidt (SPD) aus Kamp-Lintfort in Nordrhein-Westfalen, weil er sich aufgrund von Drohungen bewaffnen wollte.*

"Es ist erschreckend, was bei uns abläuft": Wie ein Reichsbürger seit über fünf Jahren die Gemeinde Berglen drangsaliert

Von Alexander Roth

Veröffentlicht: 19.07.2020 00:00



Das Bergleener Rathaus. Foto: Alexandra Palmizi

„Diese Geschichte begleitet uns jetzt seit fünfeinhalb Jahren.“ Lange hat Maximilian Friedrich überlegt, ob er sie uns erzählen soll. Nun sitzt der Bergleener Bürgermeister im Rathaus in Oppelsbohm, vor ihm liegt sein Personalausweis. Friedrich zeigt auf die Stelle, an der „Staatsangehörigkeit: deutsch“ steht. „Er hat gesagt, das gebe es nicht.“

Den Namen des Mannes nimmt der Bürgermeister während des Gesprächs nicht in den Mund. Es ist immer nur von „ihm“ die Rede.

Ihm, der die Gemeinde mit Schreiben bombardiert.

Ihm, der den Mitarbeiterinnen Angst macht.

Ihm, wegen dem die Gemeinde in den Verwaltungsgebäuden nun ein Frühwarnsystem installiert hat.

Streit um Personalausweis: Wie alles begann

Im Februar 2015 beschwerte sich der Mann laut Friedrich erstmals bei der Gemeinde Berglen. Mit seinem Ausweis stimme etwas nicht. „Meine erste naive Vermutung war: Das ist ein ganz normaler Mann, der einen Fehler auf seinem Personalausweis entdeckt hat.“ Friedrich lässt die Beschwerde prüfen. Das Ergebnis: Mit dem Dokument ist alles in Ordnung.

„Dass es ihm gar nicht um den Personalausweis geht, das haben wir erst später realisiert.“ Kurz darauf warf der Mann den Ausweis bei der Gemeinde ein. Die forderte, er solle ihn abholen. Das habe er nicht getan, sagt Friedrich. Erst als die Gemeinde mit Verwahrungsgebühren drohte, habe der Mann den Ausweis geholt – nur um ihn wenig später als verloren zu melden.

Hass und Verachtung: "So etwas habe ich noch nie erlebt"

„Er hat schon damals angekündigt, dass wir eine Menge Spaß miteinander haben werden“, so der Bürgermeister ironisch. „Und so kam es dann auch.“ Der Ton wurde schnell schärfer. Als „Nazi-Behörde“ habe der Mann die Gemeindeverwaltung beschimpft und ihr „Menschenrechtsverbrechen“ vorgeworfen, teilweise mehrmals die Woche sei er im Rathaus vorbeigekommen. „Es hat Zeiten gegeben, da habe ich meine Assistentin bis zum Parkplatz begleitet. Mitarbeiterinnen wurden auf Festen am Wochenende von ihm angesprochen. Da wurde es richtig eklig.“

Während Friedrich erzählt, sitzt Gudrun Boschatzke neben ihm. Als Leiterin des Ordnungsamts hatte sie häufiger mit dem Reichsbürger zu tun. Auf dem Tisch vor ihr liegt ein dicker Aktenordner. Er enthält die komplette Korrespondenz der Gemeinde mit dem Mann – Hunderte Seiten Briefe und Faxe haben sich über die Jahre angesammelt. Dazu kommen zahlreiche Anrufe und Besuche.



Ein dicker Wälzer: In diesem Aktenordner dokumentiert die Gemeinde das nun schon fünfeinhalb Jahre währende Ringen mit einem Reichsbürger. © Alexandra Palmizi

„So etwas wie diesen Fall habe ich noch nie erlebt“, sagt Boschatzke, die seit 1986 für die Gemeinde tätig ist. Bei seinen Besuchen sei er oft aggressiv gewesen. „Er hat unterschwellig gedroht, es würde etwas passieren. Auch wenn er nie gesagt hat, was passiert – man hat den Hass und die Verachtung gespürt.“

Sie selbst habe der Mann damit nicht einschüchtern können, so Boschatzke. „Aber eine Kollegin hat richtig Angst gehabt. Weil man nicht wissen kann, was noch passiert, hat sie gesagt. Ob es zum Äußersten kommt.“

Das Profil des Reichsbürgers: Antisemitismus und Rassismus auf Facebook

Wer ist der Mann, der die Gemeinde offenbar seit Jahren drangsaliert?

Der 49-Jährige, der unserer Redaktion bekannt ist, lässt sich laut Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz (siehe Infobox) der Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter zurechnen. Er selbst lehnt die Bezeichnung Reichsbürger zwar ab, teilt aber regelmäßig szenetypische Inhalte auf den sozialen Medien. Er nennt die Bundesrepublik Deutschland wahlweise eine Firma, eine Terrororganisation, oder eine Nazi-Diktatur

Auf seinem Profil, das er unter Pseudonym führt, wettet er außerdem regelmäßig gegen Bürgermeister Friedrich und die Gemeinde Berglen. Neben Fotos aus dem Skiurlaub und Schreiben an die Behörden teilt der 49-Jährige auch rassistische und antisemitische Inhalte – oft in Verbindung mit Verschwörungserzählungen.

Eklat bei der Bürgerversammlung: "Im Nachhinein hätte ich ihn reden lassen sollen"

Die Auftritte des Mannes hätten sich irgendwann nicht mehr auf Besuche im Rathaus beschränkt, sagt Friedrich. Bei der Bundestagswahl 2017 habe er in einem Wahllokal derart gestört, dass die Polizei gerufen werden musste. „Sonst hätte man die Wahl dort nicht abhalten können.“

Bei der Bürgerversammlung Ende 2019, der größten kommunalpolitischen Veranstaltung der Gemeinde, schnappte der 49-Jährige sich das Mikrofon. Er sprach von der „Verletzung von Menschenrechten“; bis ihm auf die Anweisung Friedrichs der Ton abgedreht wurde. „Im Nachhinein hätte ich ihn reden lassen sollen. Dann hätte er sich blamieren können – und alle hätten gemerkt, was das für einer ist.“

Auf die harte Tour: Wie geht man mit einem Reichsbürger um?

Was das für einer ist, das hatte die Gemeinde auf die harte Tour lernen müssen. Die anfängliche Naivität wich schnell der Frage: Wie umgehen mit dem Mann?

„Viele haben uns anfangs nicht ernst genommen“, erinnert sich Friedrich. Von einem Bürgermeister im Kreis erfuhr er, dass dieser ebenfalls Probleme mit einem Reichsbürger habe. Einmal habe dieser Reichsbürger zu Friedrichs Kollege gesagt: „Deine Tage sind

gezählt.“ Das sei nicht weiter verfolgt worden. „Es sei keine Bedrohung, damit könne auch die Amtszeit gemeint sein, hieß es damals.“

Dann kam Georgensgmünd. In der bayrischen Gemeinde erschoss ein Reichsbürger 2016 einen Polizisten. „Das war der Moment, in dem ich das Gefühl hatte: Jetzt ändert sich was. Jetzt wird es ernst genommen. Auf allen Ebenen.“

Der Umgang blieb trotzdem weiter schwierig. Auch weil die Gemeinde meist auf sich allein gestellt blieb. Polizei und Staatsschutz macht Friedrich dabei keinen Vorwurf. „Die können den Sachverhalt ja nur aufnehmen. Ob es zu einem Verfahren kommt, entscheiden die Staatsanwälte.“ Die Gerichte seien aber überlastet. „Zwischen den Vorfällen und der Verurteilung vergeht zu viel Zeit.“

Hilfe auf Knopfdruck: "Mitarbeiterinnen hatten Ängste geäußert"

Nach „lautstarken Meinungsverschiedenheiten“ wurde dem Reichsbürger 2018 für das Rathaus ein Hausverbot erteilt, später auch für die anderen Liegenschaften der Gemeinde. „Mitarbeiterinnen hatten damals Bedenken und Ängste geäußert“, sagt Friedrich. Auch ein Frühwarnsystem wurde installiert, mit dem auf Knopfdruck Hilfe angefordert werden kann. „So etwas hätte man sich vor Jahren kaum vorstellen können.“

Die Besuche hätten seit dem Hausverbot abgenommen – auch wenn der Mann ab und zu noch vor den Gebäuden auftauche. „Wir ignorieren ihn, wo es geht. Und bringen strafrechtlich Relevantes zur Anzeige.“

Manchmal trägt das Früchte. Am 18. Mai 2020 veröffentlichte der Reichsbürger via Facebook einen Hilferuf: Er suche „Beistand“ und „Zeugen“ für eine Verhandlung am Stuttgarter Landgericht. Wenige Tage später wurde er dort zu einer Geldstrafe in Höhe von 600 Euro verurteilt, wegen Beleidigung – er hatte ein Fax ans Rathaus geschickt, in dem er Friedrich unter anderem totale Schwachsinnigkeit attestierte.

Vor Gericht: Ein "Ausländer in Nazi-Deutschland"

Es war nach einer ersten Verurteilung am Amtsgericht Waiblingen bereits der zweite Prozess in der Sache. Friedrich war als Zeuge geladen, sein Schwiegervater erzählte ihm später vom Beginn der Verhandlung. „Die erste Dreiviertelstunde ist es wohl nur darum gegangen, dass er behauptete, er sei nicht der Angeklagte.“

In einem Schreiben, das vor Gericht verlesen wurde, bezeichnete der Mann sich als „Ausländer in Nazi-Deutschland“. Friedrich: „Am meisten ärgert mich, dass Menschen, die unseren Staat ablehnen, immer noch von ihm profitieren. Wenn es Probleme gibt, wenden sie sich an die Behörden.“

Seit der Verhandlung sei der Ton erneut schärfer geworden. „Einen neuen Höhepunkt hat das Ganze Anfang Juli erreicht“, sagt Maximilian Friedrich.

Der Reichsbürger, der angeblich mittlerweile in Russland gemeldet ist, weigere sich, Grundsteuer zu zahlen. Nachdem die Gemeinde ihm deshalb eine Mahnung zukommen ließ, meldet sich der Reichsbürger telefonisch. Am Telefon soll er gesagt haben, es würde etwas

passieren, wenn er jetzt ins Gefängnis müsse. Und er komme demnächst vorbei, und haue allen eine aufs Maul.

„Aus solchen Telefonaten bleibe immer ein ungutes Gefühl zurück, sagt Friedrich: „Man hat halt nicht die Gewissheit, dass er nicht doch noch austickt.“

Die Sicht des 49-Jährigen: „Juristen sind die Feinde der Menschheit“

Wir fragen bei dem 49-Jährigen nach. Er sagt: „Ich habe gegenüber einer Mitarbeiterin lediglich darauf hingewiesen, dass es einen Notwehrparagrafen gebe, demzufolge ich mich zur Wehr setzen kann, mit welchen Mitteln auch immer, wenn ich in meinen Rechten verletzt werde.“

Der Mann bestätigt, über die Jahre immer wieder an die Gemeinde geschrieben zu haben. Auch persönlich sei er vielleicht dreimal in fünf Jahren vorbeigekommen. Allerdings sei er dabei nicht aggressiv gewesen, sondern friedlich.

Er selbst fühlt sich von der Gemeinde seit fünf Jahren „wie Dreck behandelt“ und in seinen Rechten eingeschränkt. Friedrich diffamiere ihn als Reichsbürger, obwohl der Berglener Bürgermeister selbst einer sei. „Viele Behörden und angewandte Normen basieren auf Normen des Dritten Reichs, die unter unrechtmäßiger ‚Gesetzgebung‘ von Adolf Hitler eingeführt wurden. Mit dem Begriff wird versucht, Menschen lächerlich zu machen“, sagt der 49-Jährige. „Ich lehne alles Nationalsozialistische ab.“

Über den Personalausweis habe er sich beschwert, weil dieser „nicht die natürliche Person des Menschen“ nachweise. Er bezieht sich dabei auf die Personalausweisverordnung. Darauf hingewiesen, dass Juristen das durchaus anders beurteilen, sagt er: „Juristen sind die Feinde der Menschheit, dafür werden sie bezahlt. „Oder wo gibt es denn ein Gericht, bei dem Betroffene ihre Menschenrechte einklagen können?“

Bürger des Königreichs Sachsen: „Für Deutschland gibt es keine Verfassung“

„Es existieren nur die Königreiche, alles andere ist Fiktion“, sagt er und gibt seine Staatsangehörigkeit mit „Königreich Sachsen“ an. Dort sei er geboren und deshalb auch dessen Bürger, beruhend auf der Verfassung von 1831, wahlweise auch des preußischen Staates beziehungsweise des Deutschen Reichs von 1871.

Die deutsche Staatsangehörigkeit dagegen sei eine Erfindung von Hitler und den Nazis aus dem Jahre 1934, sagt der 49-Jährige. „Die BRD wurde 1990 bei der UNO abgemeldet und Germany/Deutschland wurde angemeldet. Die heutige BRD ist als Firma in Deutschland gelistet, genau wie die Gemeindeverwaltung Berglen. Für ein Deutschland gibt es keine Verfassung und kein Volk.“

Zu seinen Vorwürfen, die Gemeinde begehe Menschenrechtsverbrechen, steht er. Als Beispiel nennt er den Vorfall bei der Bürgerversammlung: „Der Bürgermeister hätte mich reden lassen müssen. Ich habe laut Grundgesetz das unmittelbar geltende Recht, meine Meinung zu äußern und politisch zu denken, was ich will. Es wäre die Pflicht des Bürgermeisters, meine Rechte

gemäß GG Art. 1, 3 und 5 zu schützen, sie nicht mit Gewalt und der Androhung von Gewaltmaßnahmen zu verletzen.“ Auch auf Facebook werde er von Friedrich zensiert.

Hausverbot: „Obwohl ich ganz lieb und nett war“

Auch dass er nun in den Liegenschaften der Gemeinde Hausverbot habe, kann er nicht nachvollziehen. „Ich wollte nur, dass die Gemeinde ein Schreiben entgegennimmt. Von drei Mitarbeitern und dem Bürgermeister wurde die Annahme mit zusätzlichen Schikanen willkürlich verweigert. Letztendlich habe ich es gefaxt. Und am Ende hieß es dann, ich habe Hausverbot – obwohl ich ganz lieb und nett war.“

Während des Telefonats fallen Begriffe wie „Verbrecher“ und „Drecksbande“, weil „Behördenmitarbeiter bundesweit Auskünfte willkürlich verweigern“. Die Medien sieht er als Komplizen des „Terrorregimes“.

Am Ende gibt der 49-Jährige noch eine Erklärung ab. Nur unter der Bedingung, dass diese wörtlich veröffentlicht wird, ist er bereit, sich öffentlich zu äußern. Sie lautet:

„Die dem Betroffenen zugeordnete juristische Person (Vorname Name) wurde abgemeldet, und von der Meldebehörde des Bürgermeisters Maximilian Peter Friedrich bestätigt. Bestätigt wurde damit ebenfalls, dass der Betroffene seine eigene natürliche Person (Familiennamen, Vorname) zurückerhalten hat. Der Betroffene hat den Willen zum Ausdruck gebracht, sein Recht auf Heimat auf deutschem Boden gemäß gültigem Staatsrecht in Anspruch zu nehmen.“

Höhere Strafen: „Es ist erschreckend, was da bei uns abläuft“

Der Schaden, den Reichsbürger anrichten, betreffe am Ende alle. „Wir sind eine kleine Gemeinde“, sagt Friedrich und zeigt auf den dicken Aktenordner. „Immer, wenn wir hier ein Fax oder einen Brief von ihm bearbeitet haben, blieb etwas anderes dafür liegen. Wenn wir jetzt fünf solcher Menschen wie ihn hätten, müssten wir eine eigene Stelle schaffen, die sich bloß mit diesen Leuten beschäftigt.“

Auch deswegen fordert Friedrich mehr Sanktionsmöglichkeiten – und höhere Strafen. „Es ist erschreckend, was da bei uns abläuft. Und gefährlich“, sagt Maximilian Friedrich. „Es gibt eine Vielzahl von Kollegen, die ähnliche Probleme haben, aber sich gar nicht trauen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Weil sie Angst haben, dass die Szene sich auf sie einschießt.“

Warum traut Friedrich sich, darüber zu sprechen? „Weil ich mir erhoffe, dafür ein Bewusstsein zu schaffen. Erst wenn ein Bewusstsein da ist für die Problematik, kann sich etwas verändern.“ Die Bürger müssten erkennen, dass das „keine Spinnereien sind, sondern eine echte Gefahr.“

Und, auch das habe ihn letztlich zum Schritt an die Öffentlichkeit bewogen: „Irgendjemand muss ja den Anfang machen.“

Reichsbürger

Reichsbürger sind laut der Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz „Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren“.

Im Rems-Murr-Kreis gibt es laut Polizei 50 bis 100 Personen, die dieser Szene zugerechnet werden.

Beschimpft und bedroht: Was Lokalpolitiker in der Corona-Krise erleben

Von Alexander Roth

Veröffentlicht: 03.02.2021 00:00



In diesem Briefkasten wartete im vergangenen Jahr ein anonymer Drohbrief auf den Fellbacher Stadtrat Armin Fischer. Foto: Gabriel Habermann

Am 28. Januar ist das Urteil im Prozess um den Mord an Walter Lübcke vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt gefallen. Lübckes Ermordung im Sommer 2019 hatte eine Debatte über Hass und Hetze in der (Lokal-)Politik losgetreten – und was daraus folgen kann.

Wir hatten deshalb Anfang 2020 eine Umfrage in Gemeinderäten, bei Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern durchgeführt. Die Erkenntnis: Auch im Rems-Murr-Kreis werden Menschen, die sich in der Lokalpolitik engagieren, beschimpft und bedroht – manchmal mit dem Tod.

„Der Typ gehört erschossen“

Wenige Wochen später gab es den ersten Corona-Fall in Baden-Württemberg. Der Beginn einer Krise, die neben sachlicher Diskussionen und fundierter Kritik auch eines mit sich brachte: Hass und Hetze.

In einer Telegram-Gruppe von Maskenverweigerern, Coronaleugnern und –verharmlosern aus dem Kreis schrieb ein Familienvater aus Waiblingen kürzlich: „Der Typ gehört erschossen.“ Gemeint war Bayerns Ministerpräsident Markus Söder. Ein Beispiel von vielen.

Höchste Zeit zu fragen: Wie hat sich die Corona-Krise auf die Bedrohungslage in der Lokalpolitik ausgewirkt? In den vergangenen Tagen haben wir mehrere Hundert Mails an Mitglieder des Kreistags und der Gemeinderäte verschickt, um diese Frage zu klären.

Was sagen Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder?

Die gute Nachricht vorweg: Die meisten Lokalpolitikerinnen und Lokalpolitiker sind nach eigenen Angaben in der Corona-Krise weder beleidigt noch bedroht worden. Manche betonen, wie respektvoll mit ihnen in den Gremien, aber auch auf der Straße umgegangen wird.

Aber, auch das zeigt unsere Umfrage: Nicht allen geht es so.

„Ich finde, dass der Tonfall schärfer geworden ist, auch in der Formulierung“, sagt Gudrun Wilhelm. "Man ist nicht mehr so bedacht drauf, dass man sich gegenseitig nicht verletzt.“

Die Kreis- und Gemeinderätin (Freie Liste) aus Kirchberg war jahrelang für ihre politische Arbeit bedroht worden. Im Januar letzten Jahres hatte sie uns davon erzählt. Seitdem sei es in dieser Hinsicht ruhig geblieben, sagt sie.

Einige der Befragten bestätigen Wilhelms Eindruck.

In Antworten auf unsere Umfrage ist vom rauen Ton die Rede, wenn man sich beim Bäcker, beim Metzger oder im Supermarkt trifft. Von Falschdarstellungen auf Internetportalen. Von unverschämten Anrufen oder Nachrichten in den sozialen Medien. Manche werden auch direkt beleidigt.

„Sie werden noch zu spüren kriegen, zu was das führt“

„Es gab Beleidigungen in Form von E-Mails“, schreibt der Kreisrat (FDP/FW) und Landtagsabgeordnete (FDP/DVP) Jochen Haußmann aus Kernen. „Drohungen habe ich nicht erhalten.“

Ein SPD-Gemeinderat aus dem Kreis berichtet, er sei am Telefon in zwei Fällen vom jeweiligen Anrufer wegen der Haltung seiner Fraktion zu bestimmten Themen beschimpft und beleidigt worden.

Manchmal bleibt es nicht bei Worten. Der Backnanger Stadtrat Dr. Lutz-Dietrich Schweizer (CIB) schreibt, einmal sei in Gegenwart seiner Kinder vor ihm ausgespuckt worden. Sätze wie „Sie werden noch zu spüren kriegen, zu was das führt“ höre er im Zusammenhang mit seiner Arbeit ständig. Einmal habe er sogar eine Morddrohung bekommen – aber das sei vor der Corona-Krise gewesen.

Ein Landtagskandidat der Partei Die Linke aus dem Kreis berichtet von einem Einschüchterungsversuch beim Plakatieren. „Wir waren zu fünft unterwegs, als uns zwei junge Männer angesprochen haben.“ Es seien Sätze gefallen wie „Was macht ihr hier“ und „Die Scheisse braucht ihr überhaupt nicht aufhängen“.

Danach hätten die Männer die Gruppe aus der Ferne beim Plakatekleben beobachtet. „Hier sind Linke“, habe einer gesagt, das Telefon am Ohr. Kurz darauf sei zweimal dasselbe Auto an der Gruppe vorbeigefahren. „Wir haben uns beobachtet gefühlt.“

Kurze Zeit später seien die beiden Männer erneut an der Gruppe vorbeigelaufen und hätten dabei „Arbeitslos und homosexuell“ skandiert. „Ich glaube, damit wollten sie uns einfach provozieren und beleidigen“, so der Lokalpolitiker. „Das war ein Einschüchterungsversuch.“

Anonyme Drohschreiben und Gewaltfantasien

Mehrere anonyme Schreiben, in denen mit Gewalt gedroht wurde, erhielt Sybille Mack (SPD), Fellbacher Gemeinderätin und Landtagskandidatin für den Wahlkreis Waiblingen. Auch Ausländerhass und Verleumdungen seien Gegenstand der Schreiben gewesen. Die Drohungen richteten sich allerdings nicht direkt gegen ihre Person, schreibt Mack. „Selbstverständlich“ habe sie Anzeige erstattet.

„Bedrohungen habe ich im letzten Jahr nur zwei direkt wahrgenommen“, schreibt der Backnanger Stadtrat Steffen Degler (AfD). „Die eine kam von einer Dame, die anmerkte, sie hätte mich bei einer vorangegangenen Veranstaltung doch körperlich angreifen sollen und hoffe, diese Möglichkeit noch mal zu bekommen.“ Den genauen Zusammenhang könne er heute nicht mehr nennen.

Die zweite Drohung sei von einem Mann gekommen. Dieser habe Degler empfohlen „künftig einen Helm in der Öffentlichkeit zu tragen“, da er ihm begegnen könne. Es sei dabei um Deglers Kritik an der Corona-Politik gegangen. Zur Anzeige habe er nichts davon gebracht, da er „die bisherigen Drohungen nicht als konkret empfunden“ habe, so Degler.

„Die wollen einen mundtot machen“

Von zwei anonymen, bedrohlichen Briefen, die mittlerweile bei der Abteilung Staatsschutz des Polizeipräsidiums Aalen liegen, berichtet der Fellbacher Gemeinderat Armin Fischer (Linke).

Der erste Brief sei persönlich eingeworfen worden. „Bin ‚Die Linke‘ Wähler“ stand statt eines Absenders auf dem Umschlag, sagt Fischer. Und: „Zu viele Deutsche hungern hier in Fellbach Schmiden Oeffingen.“

Im Brief selbst habe gestanden: „Hallo Fischer, ja sage mal wie zum Teufel sieht denn dein Briefkasten aus. Da will man gar nicht wissen, wie es in deiner Bude aussieht. Kein Wunder das Ihr Linken nur Scheiße fertigbekommt.“ Unterschrieben habe der anonyme Absender das Ganze mit „ein netter Nachbar von nebenan (altes Arschloch)“ und „Wir sind von der Sauberhalten Polizei – immer die Augen auf.“

„Das ist ein Einschüchterungsversuch“, sagt Armin Fischer. „Die wollen einen mundtot machen.“

Der zweite Brief sei mit der Post gekommen. Wieder ohne Absender. Darin standen laut Fischer Sätze wie „Deutschland ist ein Idiotenhaus und die Kanaken meinen sie wären die Ärzte“ und „Wir werden immer der Pickel an eurem fetten Arsch sein.“

Empathie und Solidarität statt Hass und Hetze

Gudrun Wilhelm hat, nachdem sie letztes Jahr mit Ihrer Geschichte an die Öffentlichkeit ging, viel Zuspruch erfahren. „Es gab einige positive Rückmeldungen auf den Artikel.“ Sie hielt es

damals für den richtigen Schritt, nicht zu schweigen. Sie war überzeugt, die Solidarität in der Gesellschaft „wäre eine andere“, wenn man offen über Hass, Hetze und Drohungen spricht.

Heute werde sie öfter mal gefragt, wie es ihr geht. Ob sie klarkommt. Die Menschen begegnen ihr mit Empathie, sagt Wilhelm. Auch sie selbst habe sich seit letztem Jahr verändert. „Ich habe mir vorgenommen, was ich gut finde nicht als selbstverständlich hinzunehmen, sondern das auch zu äußern.“

Im November rief die Gemeinderätin zu einer besonderen Form der Demonstration auf. Für alle, die sich an die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus halten und diese unterstützen. Um 19.30 Uhr sollte man beim abendlichen Glockengeläut kurz einen Schritt nach draußen gehen. Gesicht zeigen, als Zeichen des Miteinanders.

Einige Menschen folgten ihrem Aufruf. „Ich habe meine Nachbarn gesehen, im Lichtkegel vor deren Haustür“, sagt Gudrun Wilhelm.

Die Solidarität der Gesellschaft sei plötzlich für fünf Minuten sichtbar gewesen.

"Die Hemmschwelle scheint zu sinken" - Waiblinger OB Hesky und andere Bürgermeister über Drohungen und Beleidigungen in Corona-Zeiten

Von Alexander Roth

Veröffentlicht: 04.02.2021 00:00



Der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky. Foto: Alexandra Palmizi

Unsere Umfrage unter Gemeinderats- und Kreistags-Mitgliedern aus dem Rems-Murr-Kreis hat ergeben: Einige Lokalpolitiker wurden während der Corona-Krise für ihre Arbeit beschimpft, beleidigt und manche sogar bedroht.

Wie sieht es bei den Bürgermeistern aus? Diese Frage lässt sich anhand der Rückmeldungen, die wir auf unsere Fragen erhalten haben, knapp beantworten: verhältnismäßig noch übler.

Probleme mit Reichsbürgern

Ein Bürgermeister aus dem Kreis berichtet uns über Beleidigung im Zusammenhang mit dem Thema Asylpolitik in der Corona-Krise. Er möchte lieber anonym bleiben.

„Bei einer anderen Thematik hat eine psychisch kranke Person – das war im ersten Moment so nicht erkennbar – die Verwaltung mit Telefonaten terrorisiert und eingeschüchtert“, schreibt der Bürgermeister. Man habe zuerst, ohne von der Krankheit zu wissen, Anzeige

erstattet. Das Ermittlungsverfahren sei dann aber von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Weiter habe es „sehr massive Anfeindungen“ in den letzten Monaten gegeben. In dem „ein oder anderen Fall“ sei auch die Abteilung Staatsschutz der Polizei eingeschaltet worden. Es gebe außerdem Probleme mit einer Reichsbürgerfamilie im Ort.

Mit einem Reichsbürger hat auch Maximilian Friedrich zu tun. Der Bürgermeister aus Berglen berichtet von Beleidigungen während der Corona-Krise durch einen mittlerweile im Rathaus bekannten Anhänger der Ideologie. Im Sommer hatte Friedrich uns ausführlich darüber berichtet.

Die Auseinandersetzung des Mannes mit der Gemeinde hatte schon mehrere Gerichtsverhandlungen zur Folge. Erst im Januar wurde der Reichsbürger wegen eines Vorfalls von 2019 vor dem Amtsgericht Waiblingen wegen vorsätzlicher Körperverletzung und Nötigung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Monaten und einer Woche verurteilt.

„Warum gibt es den Bürgermeister noch?“

Von „verbalen Beleidigungen“ berichtet ein Bürgermeister aus dem Kreis, der anonym bleiben möchte. Bedroht worden sei er während der Corona-Krise nicht, habe aber „vor Jahren in anderen Zusammenhängen“ Morddrohungen erhalten. Und zweimal deswegen Anzeige erstattet.

Ein weiterer Bürgermeister aus dem Kreis berichtet uns anonym von den Folgen eines Polizeieinsatzes in seiner Gemeinde, bei dem es um Verstöße gegen die Corona-Verordnung ging. Zu dem Vorfall sei ein Interview im Internet aufgetaucht. „Dabei wurde lange Zeit über die Person des Bürgermeisters diskutiert – obwohl ich nur ‚Beobachterstatus‘ hatte.“

Im Kommentarbereich zu dem Interview schrieb jemand: „Warum gibt es den Bürgermeister [der Gemeinde] noch?“ – und fügte in Klammern hinzu: „lebend oder anders“. Auch Anrufe im Rathaus seien die Folge gewesen. „Dabei wurden sehr unschöne Bemerkungen zu den Rathausbediensteten gemacht.“

OB Hesky über Fake News und persönliche Angriffe

Dass Rathausmitarbeiter in den Fokus geraten können, weiß auch der Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky. Erst vor kurzem hat er unserer Redaktion gegenüber „ernsthafte Sorgen geäußert“, weil ein Mitarbeiter der Stadt in Chatgruppen beim Messenger-Dienst Telegram persönlich angegriffen wurde.

Auch Hesky selbst war während der Corona-Krise Ziel solcher Angriffe. „Es wurden Beleidigungen ausgesprochen, mir wurde und wird immer wieder angedroht, dass ich mich zu verantworten habe, auch vor Gericht“, sagt der Oberbürgermeister

Mails mit entsprechenden Äußerungen liegen unserer Redaktion vor. Die Absender nehmen darin Bezug auf Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus. „Politik und kommunales Handeln werden immer stärker personifiziert“, so Hesky.

Lügen und Falschnachrichten würden die Situation in der Krise zusätzlich noch verschärfen, sagt der Oberbürgermeister. Immer wieder werde er damit konfrontiert. „Dazu gehört die Geschichte, die Stadt Waiblingen habe einer Friseurin, die verbotenerweise einer 90-Jährigen die Haare geschnitten habe, ein Bußgeld von 25 000 Euro verhängt.“

Das sei frei erfunden, mit dem Ziel, die Stadt in Misskredit zu bringen. „Zu den meisten Themen finden Sie im Internet den Hinweis, dass es sich um Fakes handelt“, so der OB. „Dennoch führen solche Schauermärchen dazu, dass die Menschen ins Zweifeln kommen und das Vertrauen in die Institutionen schwindet. Wenn ich höre, was für ein Mist erzählt wird, den manche Menschen glauben, obwohl sie ansonsten durchaus auch reflektieren, wird mir bange.“

Im November hatte der Waiblinger Oberbürgermeister sich in unserer Zeitung über den vergleichsweise hohen Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei den Corona-Infizierten in Waiblingen geäußert. Ein Hilferuf, keine Anklage, wie er ausdrücklich sagte.

Dennoch sei er dafür angefeindet worden. Die öffentlichen Kommentare zum Artikel auf Facebook hätten seine Familie „stark belastet“, so Hesky. Er habe zudem auch „persönliche beleidigende Post und Mails“ zu dem Thema erhalten.

"Ich informiere die Polizei regelmäßig über Drohungen"

Es sind nicht die ersten Mails mit beleidigendem Inhalt, die der Waiblinger Oberbürgermeister bekommt. „Das war schon immer so“, sagt Hesky. „Aber die Hemmschwelle scheint zu sinken.“ Auch seine Mitarbeiter seien zunehmend von solchen Nachrichten betroffen.

„Ich informiere die Polizei regelmäßig über Drohungen, auch gegenüber Beschäftigten“, sagt Hesky. Morddrohungen seien bisher nicht dabei gewesen. „Der Staatsschutz hat eine Bewertung der Drohungen, die mir gegenüber ausgesprochen wurden, vorgenommen.“ Eine persönliche Gefährdungslage sei dabei nicht festgestellt worden – worüber er froh sei.

Kalt lässt ihn die zunehmend angespannte Situation aber offenbar nicht. „Seitdem diese persönlichen Drohungen ausgesprochen werden, versuche ich, die Augen noch mehr offen zu halten.“

Die Lage in Zahlen

Die Zeitschrift „Kommunal“ veröffentlichte vor zwei Wochen die Ergebnisse einer deutschlandweiten Forsa-Umfrage, die sie gemeinsam mit dem EAF-Institut Berlin in Auftrag gegeben hatte.

Demnach gaben 76 Prozent der Bürgermeisterinnen an, schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich angegriffen worden zu sein. Bei ihren männlichen Kollegen waren es 67 Prozent.

DAS THEMA: BELEIDIGT UND BEDROHT - REALITÄT IN DER KOMMUNALPOLITIK?

Gewaltiges Amt

„Freie Presse“ wollte von Mitgliedern des Stadtrats wissen: Wurden Sie wegen Ihres Amtes Opfer von Anfeindungen oder Übergriffen? Die Antwort lautet meist: „Ja“. Von Benjamin Schmidt

„Es wird rauer.“ – „Es kippt.“ – „Es prallt nicht ab.“ Diese Aussagen stammen allesamt von Chemnitzer Stadträten. Sie beschreiben die zunehmende Gewalt, die ihnen im Politik-Alltag entgegenschlägt. Es geht um Beleidigungen, Bedrohungen, Ausgrenzung und tätliche Übergriffe. 90 Prozent der 31 Ratsmitglieder, die an einer Erhebung der „Freien Presse“ teilgenommen haben, sagen: Die Gewalt gegen sie nimmt zu. Ob damit die Lage heftiger ist als andernorts, lässt sich gar nicht so einfach sagen. Mehr dazu später.

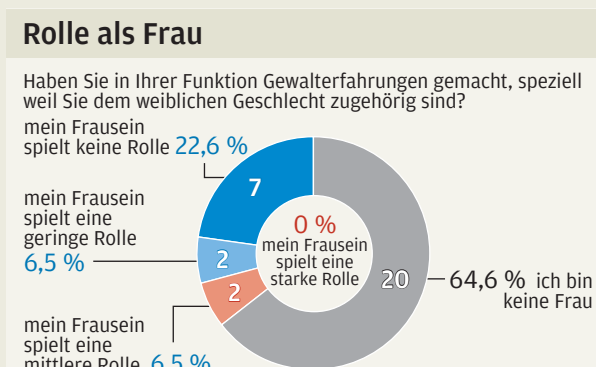
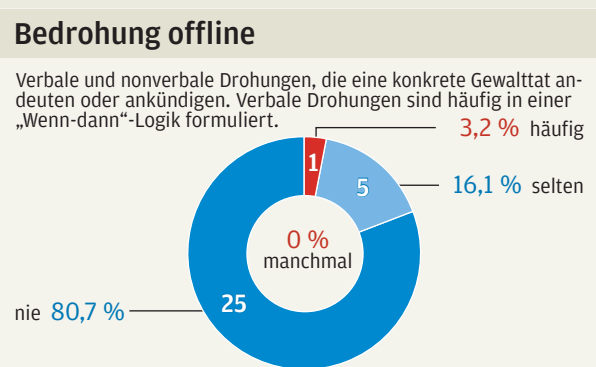
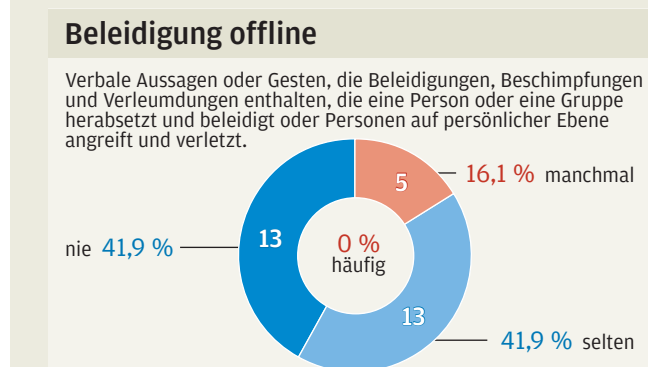
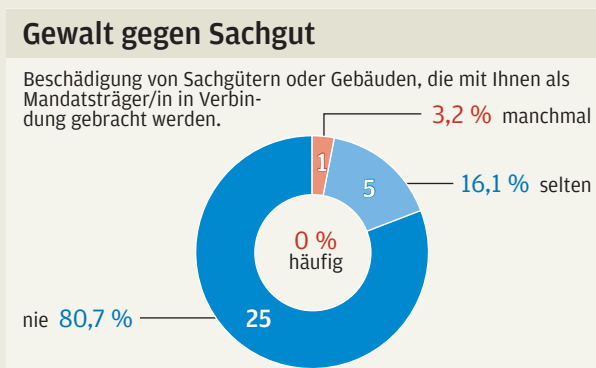
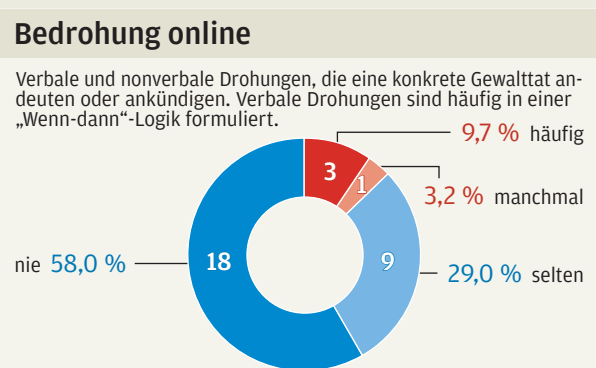
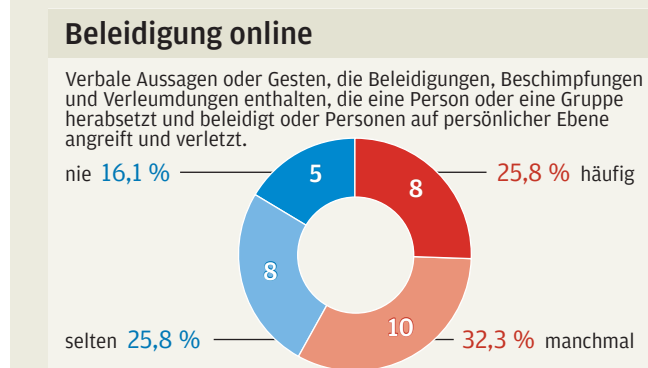
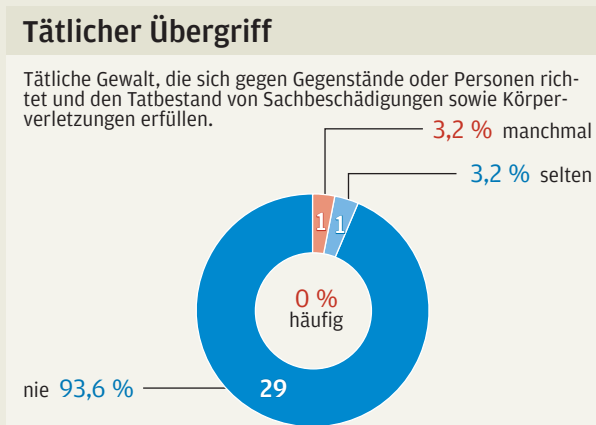
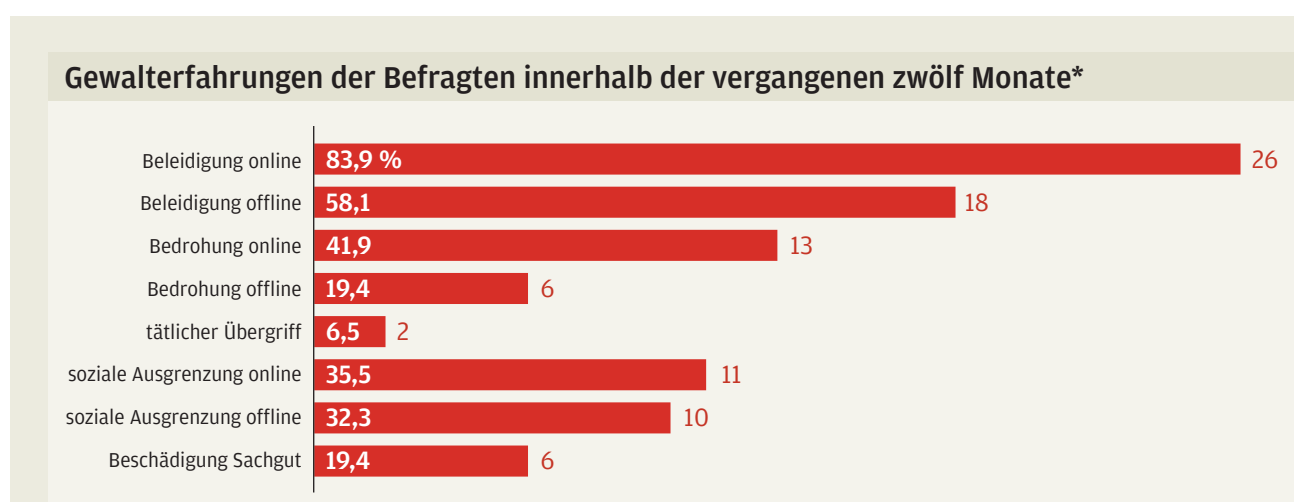
Anlass für die Befragung war eine Untersuchung der Heinrich-Böll-Stiftung. Die parteinahe Organisation von Bündnis 90/Die Grünen berichtet darin über Gewalterfahrungen von Lokalpolitikern aus Gemeinde- und Stadträten aller Parteien. Mit Gewalt waren seelische und tätliche Erfahrungen gemeint, die die Betroffenen als schädigend wahrgenommen haben. 42 Prozent der 288 Kommunalpolitiker, die die Forschenden kontaktierten, gaben an, derartige Erfahrungen gemacht zu haben.

Das Ergebnis der Studie trifft den Kern der deutschen Demokratie: Nach einer Recherche des „Handelsblatts“ gibt es in Deutschland etwa 2700 Berufspolitiker. Dem gegenüber stehen gut 190.000 ehrenamtlich Tätige. Sie vertreten die Interessen der Bürger, sie sorgen für die Politik vor der Haustür. Würden sie nicht mehr antreten, weil ihnen die Stimmung zu rau wird, wäre das ein fundamentaler Schaden für das Land.

Die „Freie Presse“ wollte wissen: Wie ist die Lage in Chemnitz? Welche Erfahrungen haben die Stadträte und auch die Bürgermeister gemacht? Alle demokratischen Fraktionen des Stadtrats erhielten daher die Bitte, an einer Online-Erhebung teilzunehmen. Sie stellte Fragen zu Gewalterfahrungen in unterschiedlichen Kategorien wie „Beleidigung“, „Bedrohung“, „tätlicher Übergriff“ oder ob bei weiblichen Befragten ihre Rolle als Frau relevant ist. Wo es Sinn ergab, wurde zwischen Gewalt im Internet und der analogen Welt unterschieden.

Die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestufte Gruppierung „Pro Chemnitz“ wurde bei der Umfrage ausgeschlossen. Abzüglich dieser sechs Mandatsträger hatten also 54 Ratsmitglieder sowie die aktuell drei Bürgermeister die Möglichkeit, sich zu beteiligen; 31 Personen kamen der Bitte nach, das entspricht 54 Prozent.

Nach Auswertung der Daten dürfte als sicher gelten: Gewalt spielt definitiv eine Rolle im Leben der Chemnitzer Stadträte. Mehr als 87 Prozent (27 Befragte) gaben an, bereits entsprechende Erfahrungen gemacht zu haben. 84 Prozent (26) wurden etwa online beschimpft. Auch in der „echten“ Welt gab es Bedrohungen, soziale Ausgrenzung, teils tätliche Angriffe. 90 Prozent



FP: Ariane Bühner *Umfrage unter 31 Befragten, Gewalt innerhalb der letzten zwölf Monate / häufig: mehr als 7 Befragte, manchmal: 3-6 Befragte, selten: bis 2 Befragte, nie: keine / rundungsbedingte Differenzen bei den Prozentangaben / Quelle: eigene Recherche

90 Prozent der Befragten gaben an, dass aus ihrer Sicht die Gewalt gegen sie zunimmt.

(28) der Umfrageteilnehmer gaben an, dass aus ihrer Sicht die Gewalt gegen Ratsmitglieder zunimmt. Damit liegt das Ausmaß der Gewalterfahrungen deutlich über den Ergebnissen der Heinrich-Böll-Stiftung.

Wie erklärt sich der Unterschied? Stefanie John, Mitautorin der Böll-Studie: „Wir haben die Amtsträger kontaktiert, um Interviews mit ihnen zu führen. Es könnte sein, dass einige keine Lust auf eine Teilnahme hatten und daher ihre Erfahrungen verschwiegen.“

So oder so: Lokalpolitiker brauchen ein dickes Fell – und zwar unabhängig von ihrem Bekanntheitsgrad. Dies zeigten die Einzelgespräche, die die „Freie Presse“ im Anschluss an die Umfrage mit Politikern führte. Zum Beispiel Ines Sabrowski, Stadträtin und Landtagsabgeordnete: „Mittlerweile erreichen mich Mails, in denen stehen Dinge wie: ‚Euer CDU-Drecksack müsste man erschießen oder am Galgen aufhängen.‘ Aber auch Carolin Juler, eine 23-jährige Kommunalpolitikerin der Linken, berichtet: „Wenn in der Presse über mich geschrieben wird, schaue ich, wie sich die Leute auf Facebook darüber äußern. Da kamen teils Hasskommentare wie: ‚Du dreckige linke Fotze!‘“

Die Böll-Studie kommt zum Ergebnis, dass Gewalt ein „bundesweites Problem“ ist. Sie erstreckt sich auf alle Parteien und Wählervereinigungen. Ähnlich stellt es sich in Chemnitz dar. Es gab keine Partei, die auffällig stärker betroffen war als eine andere. Zudem zeigte sich: Von elf weiblichen Teilnehmerinnen haben vier Erfahrungen mit Angriffen speziell als Frau gemacht.

Politiker brauchen ein dickes Fell – und zwar unabhängig von ihrem Bekanntheitsgrad.

Doch was sind die Ursachen für die Gewaltzunahme? Darüber konnten die befragten Politiker nur Vermutungen anstellen: Zum Beispiel die Rolle der sozialen Medien, dort würden Benimmeregeln über Bord geworfen. **Berichte: Seite 11**

DIE DATEN der Umfrage von „Freie Presse“ und die Böll-Studie finden Sie, wenn Sie den QR-Code scannen oder unter freiepresse.de/gewalt-chemnitz

KOMMENTAR

Pöbler bringen nichts

VON BENJAMIN SCHMIDT
benjamin.schmidt@freiepresse.de



Die Umfrage-Ergebnisse der „Freien Presse“ können erschüttern. 90 Prozent der teilnehmenden Ratsmitglieder sagen, dass Gewalt gegen sie zunimmt. 87 Prozent mussten entsprechende Erfahrungen machen – meist auf verbaler Ebene, in Form von Beleidigungen und Bedrohungen, oftmals im Netz. Doch kennen manche auch zerstörte Sachgüter – und körperliche Gewalt.

Es wäre ein Fehler, diese Berichte als Beschwerden sensibler Seelen abzutun, die nicht gemacht sind für den Ton leidenschaftlicher Auseinandersetzungen. Beschimpfungen wie „Fotze“, „räudiger Hund“ oder „Drecksack“ gehen an die Substanz. Das gilt besonders, wenn sie sich regelmäßig in die Köpfe der Betroffenen bohren. Eine derartige Wortwahl hat nichts mit Debatte zu tun. Vielmehr ist die zunehmende Gewalt ein Angriff auf unsere Demokratie, denn sie adressiert ihre Repräsentanten. Das hat Folgen.

Die Grünen-Politikerin Kathleen Kuhfuß sagt etwa, dass sie sich im Netz teils selbst zensiert. Sie hat zu recht keine Lust auf ekelerregende Rückmeldungen irgendwelcher Pöbler oder Hetzer, wenn sie eine Nachricht postet. Und CDU-Frau Ines Sabrowski sagt, sie wollte schon mal hinschmeißen. Für sie fühlt es sich an, als ob der politische Kompromiss – zentrales Merkmal der Demokratie – keinen Platz mehr in der polarisierten Welt hat.

Nur woher kommt der Hass? Mit dem Finger auf die sozialen Medien zu zeigen, hat sicherlich seine Berechtigung. SPD-Stadtrat Jürgen Renz spricht von einem „virtuellen Erbrechen“, das sich auf den Plattfor-

men abspielt. Im Netz ist der Ton rau, abwertende Sprüche sind schnell in die Tastatur gehackt. Nach und nach verstetigt sich Sprache und findet auch in der realen Welt Anwendung. Doch die einzig Schuldigen sind Facebook oder Twitter sicherlich nicht.

Wir leben in einer Zeit, in der die aktuellen Herausforderungen politisieren und polarisieren. Der Klimawandel, samt „Fridays for Future“ auf der einen Seite und „Fuck you Greta“ auf der anderen, sei hier nur exemplarisch genannt. Aber gerade weil wir vor großen gesellschaftlichen Aufgaben stehen, brauchen wir fähige Leute in der Politik, Experten und Enthusiasten vor Ort. Auf die Pöbler und Hetzer, die ihnen zusetzen, können wir verzichten. Die bringen nichts.

Was also können wir tun? Klar braucht es wirksame Gesetze gegen Hass im Netz und Behörden, die Hetzer rigoros verfolgen. Auch braucht es saftige Strafen für Facebook und Co., wenn sie es nicht schaffen, wirksam gegen Störenfriede vorzugehen. Aber was können wir hier in Chemnitz unternehmen?

Den Gedanken, den Stefanie John von der Heinrich-Böll-Stiftung geäußert hat, finde ich vollkommen richtig: Vielleicht hilft eine parteiübergreifende Plattform, an die sich Stadträte wenden können, wenn es ihnen zu viel wird? Vielleicht sogar mit einem Anwalt, der zivilrechtlich gegen Hetzer und Pöbler vorgeht? Mir wäre das mein Steuergeld wert. Hauptsache: Längerfristig sollten sich die Stadträte nicht mit stumpfsinnigen Hetzern befassen müssen. Sie haben Besseres zu tun. Sie sollen sich um unsere Stadt kümmern.

„Es geht um Identität und die Frage: Wer wollen wir sein?“

Stefanie John ist Mitautorin der Studie „Beleidigt und Bedroht“. „Freie Presse“ hat sie um eine Einschätzung der Umfrageergebnisse gebeten.



Aber mit dem Auftreten der AfD und insbesondere seit der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 hat sich die politische Art Kommunikation verschoben. Es gibt eine zunehmende Bereitschaft, Leute zu beleidigen und zu beschimpfen.

Tragen noch andere Faktoren bei? Sicherlich. Die sozialen Medien verstärken die Dynamik. Das Netz fördert eine sehr persönliche Sicht auf die Welt. Man fragt: „Wie geht es mir? Was will ich?“ Die Konsequenz ist eine Emotionalisierung der Debatte und eine Zunahme verbaler Gewalt. Diese kann in Taten münden.

Ist das der eigentliche Konflikt? Noch nicht ganz. Das Auftreten der

neuen Partei unterstreicht die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft, soziale Medien verstärken das Problem. Der eigentliche Konflikt wird allerdings wertbezogen ausgetragen. Das macht eine sachliche Debatte so schwierig.

Welche Seiten gibt es dabei? Studien legen nahe, dass es einerseits so etwas wie „alternative Kosmopoliten“ gibt, andererseits eine eher konservative Gruppe. Wichtig dabei: Es ist nicht unbedingt eine ökonomische Frage, wer sich welchem Lager nahe fühlt. Es geht um Identität und die Frage: „Wer wollen wir sein?“

Wann hat die Spaltung begonnen? Ein Katalysator war sicherlich die

Flüchtlingskrise. Studien zeigen, dass es hier einen Zusammenhang gibt. Der Konflikt zwischen Kosmopoliten und Verfechtern eines eher traditionellen oder nationalen Weltbildes zeichnet sich aber schon länger ab.

Und was können wir jetzt tun? Wir müssen identifizieren, wo Gewalt stattfindet und sie dort bekämpfen. Geschäftsordnungen in Stadträten müssen verbale Gewalt sanktionieren, es braucht ein wirksames Gesetz gegen Hetze im Netz. Zudem brauchen Betroffene Ansprechpartner: Ombudsstellen, die eigene Partei oder auch parteiübergreifende Strukturen. Aber es ist auch wichtig, polizeilich die Taten zu erfassen, um dadurch den Handlungsdruck zu erhöhen. |bjs

Warum nimmt die Gewalt zu? Es ist vor allem ein strukturelles Problem. Einen rauen Ton hat es schon immer in der Politik gegeben.

DAS THEMA: BELEIDIGT UND BEDROHT - REALITÄT IN DER KOMMUNALPOLITIK?

Gewaltige Töne

Sechs Stadträte über ihre Erfahrungen mit Gewalt, darüber, wann sie mit Politik aufhören wollten – und was sich ändern muss. Von Benjamin Schmidt

Jürgen Renz SPD



Seit zwei Jahren im Stadtrat, seit 30 Jahren in der SPD.

„Er schrieb, er sei dehydriert vom Spucken auf mein Plakat.“ Am krassensten war es während meiner Kandidatur zum Stadtrat im Jahr 2019. Mein Gesicht war überall im Wahlkreis auf Plakaten zu sehen. Dann hat jemand begonnen, mich zu bedrohen und zu beleidigen: Ich erhielt E-Mails, darin stand etwa: „Du reudiger Hund wirst eines Tages deine Quittung bekommen!“ Er schrieb, er sei dehydriert vom Spucken auf mein Plakat. Ich habe den Fall am 13. Mai 2019 zur Anzeige gebracht, der Mann wurde wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Besonders krass war es, als ich diesen Menschen auf der Straße traf. Ich bat ihn, zu gehen – was er letztlich auch tat.

„Die Gewalt nimmt zu.“ Die Gewalt nimmt auf jeden Fall zu. Ich habe schon 2009 und 2014 Wahlkampf gemacht. 2019 war das wesentlich heftiger. Die Stimmung war feindseliger. Und das, was in den sozialen Medien stattfindet, ist ein großes virtuelles Erbrechen. Da werden alle guten Benimmeregeln über Bord geworfen. Wir haben das 2018 in Chemnitz in ganz dramatischer Weise erlebt, als eine Welle von Hass und Hetze durch die Stadt gerollt ist. Damals ist auch die Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig ganz massiv auf unserer Facebook-Seite angegangen worden. Das war richtig übel. Da ist das, was ich erlebt habe, nicht annähernd so krass.

„Nicht klein begeben.“ Mich von der Politik zurückzuziehen, ist für mich kein Thema. Wenn ich klein begeben und mein demokratisches Engagement einstellen würde, wäre das ein kleiner Schaden für die Demokratie: ein politischer Aktiver weniger. Zudem macht mir diese Arbeit Spaß und Freude, ich möchte an den Themen, die mir wichtig sind, dranbleiben.

„Raus aus der Opferrolle.“ Als ich bedroht wurde, konnte ich Strafanzeige stellen – und habe so den Speiß umgedreht. Man muss raus aus der Opferrolle und aktiv werden. Das ist ganz wichtig. Opfer dürfen nicht Opfer bleiben. Die eigentliche Ursachenbekämpfung ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Es gilt, gesellschaftliche Unzulänglichkeiten zu beseitigen. Jede Aggression hat einen gesellschaftlichen Hintergrund. Auf der anderen Seite darf das keine Ausrede für Gewalt sein.

Abstimmung in Umfrage: Beleidigungen online - häufig, Beleidigungen offline - nie, Bedrohungen online - selten, Bedrohungen offline - selten, Tätlicher Übergriff - nie, Soziale Ausgrenzung online - nie, Soziale Ausgrenzung offline - nie, Beschädigung Sachgüter - nie, Nimmt Gewalt zu - ja

Ines Saborowski CDU



Seit 2004 im Stadtrat, seit 2009 auch Landtagsabgeordnete.

„Das Corona-Jahr war besonders heftig.“ Ich habe prinzipiell ein dickes Fell und gehöre nicht zur sensiblen Spezies. Aber in letzter Zeit stelle ich fest: Es macht was mit mir. Ich bin greifbar, meine Telefonnummer ist online zu finden, ich lese Kommentare im Netz. Somit war besonders das Corona-Jahr heftig. Eltern riefen bei mir an und sagten mir, dass sie ihre Kinder in die Schule bringen wollen. Andere wollten genau das nicht. Die einen schreiben: „Ich will mich unbedingt impfen lassen“, die anderen: „Lasst mich mit eurem Gift in Ruhe!“

„Schon seit 2015 wird es rauer.“ Vor allem seit dem Jahr 2015, also dem Jahr der Debatte über Geflüchtete, wird der Ton rauer. Mittlerweile erreichen mich Mails, in denen stehen Dinge wie: „Euer CDU-Drecksack müsste man erschießen oder am Galgen aufhängen.“ Es ist auch eine Rechts-Link-Debatte entbrannt, ein Schwarz-Weiß-Denken. Diese starke Polarisierung macht nicht einmal vor Freunden oder Familien der Politiker und Politikerinnen halt.

„Ich habe mir schon mal kurz überlegt, hinzuschmeißen.“ Ich will meine Arbeit gut machen. In der Politik bedeutet das, Kompromisse einzugehen, so funktioniert Demokratie. Natürlich darf man sich dabei nicht zu sehr verbiegen. Aber mit der zunehmenden Polarisierung der Öffentlichkeit wird es schwerer, Zustimmung für Kompromisse zu finden. Wenn ich hart an einer Lösung arbeite und dann lese: Politiker sind dumm, faul und überbezahlt, das geht nicht spurlos vorüber. Da denkt man: Ich werde diesen Ansprüchen nicht mehr gerecht. Ich habe mir schon mal kurz überlegt, hinzuschmeißen.

„Bei Bedrohungen ist der Laden ganz gut organisiert.“ Wenn es um richtige Bedrohungen geht, ist der Laden ganz gut organisiert. Ich kann mich etwa ans LKA wenden. Eine Ultima Ratio für das grundsätzliche Problem habe ich leider nicht.

„Das ist eine Gefahr für die Demokratie.“ Man wird zunehmend weniger Leute für den Stadtrat finden, die sich für ein Ehrenamt bereitstellen. Das ist eine Gefahr für die Demokratie.

Abstimmung in Umfrage: Beleidigungen online - manchmal, Beleidigungen offline - selten, Bedrohungen online - selten, Bedrohungen offline - nie, Tätlicher Übergriff - nie, Soziale Ausgrenzung online - nie, Soziale Ausgrenzung offline - nie, Beschädigung Sachgüter - selten, Spielt Frausein bei Erfahrungen eine Rolle - nein, Nimmt Gewalt zu - ja

Carolin Juler DIE LINKE.



Seit 2013 kommunalpolitisch aktiv, seit 2019 im Chemnitzer Stadtrat.

„Es prallt nicht ab.“ Wenn in der Presse über mich geschrieben wird, schaue ich, wie sich die Leute auf Facebook darüber äußern. Da kamen teils Hasskommentare wie: „Du dreckige linke Fotze!“ Komplet abgeprallt ist das nicht von mir. Ich bin noch jung im Ehrenamt und plötzlich gehöre ich zu „denen da oben“, die beschimpft werden? Das schockiert mich. Dabei kämpfe ich doch für etwas Gutes.

„Aus persönlicher Perspektive bleibt das Level konstant.“ Seitdem ich mich engagiere, nimmt die Gewalt gegen politische Aktive zu. Schauen Sie in die Medien. Der Mord an Walter Lübcke oder der sogenannte NSU 2.0, der Drohnachrichten an Personen des öffentlichen Lebens geschickt hat: Das sind nur zwei Beispiele. Aus meiner persönlichen Perspektive scheint das Level konstant. Ich stehe allerdings weniger im Fokus der Öffentlichkeit als andere.

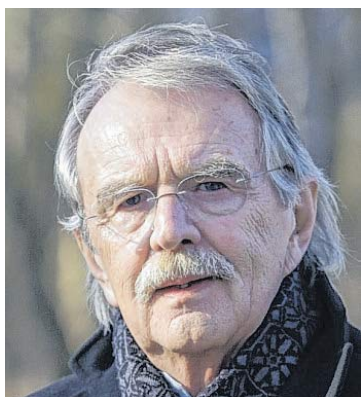
„Es gibt auch Ausgrenzung innerhalb der Politik.“ Über's Aufhören habe ich noch nicht nachgedacht. Zum Glück musste ich noch nichts erleben, was mich dazu treiben würde. Was mich allerdings stört ist, dass es soziale Ausgrenzung auch innerhalb der Politik gibt. Ich bin mit Abstand die Jüngste und eine Frau, komme ursprünglich aus Leipzig und gehöre zum progressiven Lager. Es gibt sexistische Kommentare, ich soll nicht so zickig sein, nicht alles persönlich nehmen und dazulernen. Wenn Männer sich aufregen, sind sie mutig, wenn Frauen das tun, gelten sie als hysterisch.

„Ich gehe nicht zur Polizei.“ Fühlte ich mich bedroht, würde ich zu einer Anwältin gehen, nicht zur Polizei. Ich habe das Gefühl, mir würde ein Stempel aufgedrückt, es gäbe eine Abwehrreaktion gegen mich, weil ich Linke bin. Aber das ist nur eine Vermutung.

„Strukturen aufbrechen.“ Ich glaube: Das politische System hilft Linken nicht. Schauen Sie nur auf die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die Strukturen müssten völlig aufgebrochen werden. Im Bereich Social Media ist es auch für Moderatoren nicht möglich, alle Kommentare aufzufangen. Auch wenn Facebook neue Regeln aufstellt gegen Hasskommentare, fruchtet es nicht.

Abstimmung in Umfrage: Beleidigungen online - häufig, Beleidigungen offline - selten, Bedrohungen online - nie, Bedrohungen offline - nie, Tätlicher Übergriff - nie, Soz. Ausgr. online - manchmal, Soz. Ausgrenzung offline - häufig, Beschädigung Sachgüter - nie, Spielt Frausein bei Erfahrungen eine Rolle - mittel, Nimmt Gewalt zu - ja

Dieter Füßlein Freie Demokraten FDP



Seit 18 Jahren im Stadtrat, mit 80 Jahren ältestes Mitglied.

„Jemand klingelt und fängt an zu schimpfen.“ Vergangenen Sommer ist mir das zweimal passiert: Jemand klingelt bei mir am Sonntagmittag und fängt an zu schimpfen. „Das geht so gar nicht“, wird dann gepoltert. Oder es heißt: „Wenn Sie mich nicht unterstützen, dann wähle ich Sie nicht mehr!“ Es kommt also auch mal jemand spontan zu mir nach Hause oder in mein Büro. Diese Person bekommt dann einen Kaffee und wir reden über das Anliegen, natürlich mit Maske. Als Stadtrat muss ich unterscheiden zwischen Gemeinwohl und der Unterstützung persönlicher Anliegen.

„Kraftausdrücke sind keine Beschimpfungen.“ Generell nimmt Gewalt gegen Ratsmitglieder nicht zu. Klar gibt es Grenzfälle. Obwohl da manchmal Kraftausdrücke fallen, sind das für mich noch keine richtigen Beschimpfungen. In der Regel ist es so, dass Zeitgenossen, denen ich meine Entscheidungen erkläre, mich weiterhin freundlich grüßen, wenn wir uns begegnen. Die Wähler erwarten heute wie vor zehn Jahren, dass man keine Blasen spricht, sich für sie einsetzt und zu seinen Werten steht.

„Die wissen wie alt ich bin.“ Ob ich schon ans Aufhören gedacht habe? Vom Alter her gibt es da bestimmt eine Grenze. Die Wichtigste wäre aber für mich, wenn ich mir eingestehen müsste: Ich trage nichts mehr bei. Dazu zählt auch, wie andere mich sehen. Aber die Wähler haben mich gewählt, sie wissen wie alt ich bin. Sie dachten sich wohl, ein bisschen Weisheit gehört auch in den Stadtrat.

„In den sozialen Medien bin ich nicht unterwegs.“ Ob ich im Internet aktiv bin? Sagen wir es mal so: Dem Internet habe ich viel Zukunftsfähiges abgeguckt. Handy, Laptop und auch Videokonferenzen sind bei mir Standard, anders ginge es ja auch nicht in Zeiten von Corona. In den sozialen Medien bin ich nicht unterwegs.

„Corona wird positive Folgen haben.“ Im vergangenen Jahr haben wir gelernt, wie verletzlich wir sind. Wir sind aufeinander angewiesen, müssen füreinander sorgen. Corona wird für den Zusammenhalt im kleinen Kreis positive Folgen haben.

Abstimmung in Umfrage: Beleidigungen online - nie, Beleidigungen offline - nie, Bedrohungen online - nie, Bedrohungen offline - nie, Tätlicher Übergriff - nie, Soziale Ausgrenzung online - nie, Soziale Ausgrenzung offline - nie, Beschädigung Sachgüter - nie, Nimmt Gewalt zu - nein

Kathleen Kuhfuß Bündnis 90 Die Grünen



Seit 2019 Landtagsabgeordnete und Stadträtin.

„Sie haben geschrien, wie ich vergewaltigt werden soll.“ Im Jahr 2019 habe ich eine Wahlkampfveranstaltung mit Robert Habeck moderiert. Dabei wurden die ganze Zeit von Pro Chemnitz und anderen Rechtsextremen vollgebrüllt – zum Beispiel, wie ich vergewaltigt werden soll. Kürzlich habe ich im MDR ein Interview zum Thema Impfungen gegeben. Anschließend erreichten mich E-Mails: „Du arrogante Schlampe, was willst denn du?“ Ich selbst bin mit einer robusten Psyche ausgestattet, ich weiß nicht, ob das allen zuzumuten ist.

„Es kippt.“ Egal ob Mitglieder des Stadtrats oder des Landtags: Bis vor zehn Jahren waren das geachtete Leute. Man hat ihnen nicht immer recht gegeben, aber man hat sie geachtet. Dieser Respekt ist in Teilen der Bevölkerung abhanden gekommen. Es kippt.

„Die Arbeit macht porös.“ Klar habe ich schon mal ans Aufhören gedacht. Ich habe ein Jahr lang jeden Tag 14 Stunden gearbeitet, das macht porös auf Dauer. Und das unsachgemäße Gelaber von Nazis im Land- und Stadtrat ist manchmal kaum zu ertragen – vor allem wenn man selbst sein Bestes gibt.

„Ich kann mich notfalls wehren.“ In meiner Arbeit im sozialen Bereich habe ich gelernt, aggressive Situationen zu deeskalieren. Zwar kann ich mich notfalls wehren, aber politische Auseinandersetzung sollte immer gewaltfrei sein.

„Ich zensiere mich selbst.“ Das Netz ist polarisiert, manchmal zensiere ich mich selbst. Als ich mich dafür eingesetzt habe, dass der Chemnitzer Konkordia-Park wieder für die Jugend öffnet, habe ich das nicht gepostet. Mir war klar, dass es negative Diskussionen im Netz geben würde – auch wegen Corona.

„Die Polizei muss junge Leute auf dem Schirm haben.“ In einigen Regionen Sachsens werden junge Menschen, die sich politisch engagieren, angegriffen. Das ist eine Realität. Das können wir im politischen Raum nicht verändern, aber die Polizei muss es auf dem Schirm haben. Junge Leute müssen nicht robust sein. Sie sollen sich ohne Angst engagieren können – und nicht Ziel von Attacken werden.

Abstimmung in Umfrage: Beleidigungen online - häufig, Beleidigungen offline - selten, Bedrohungen online - häufig, Bedrohungen offline - selten, Tätlicher Übergriff - nie, Soz. Ausgrenzung online - häufig, Soziale Ausgrenzung offline - selten, Beschädigung Sachgüter - nie, Spielt Frausein bei Erfahrungen eine Rolle - nein, Nimmt Gewalt zu - ja

Nico Köhler Alternative



Seit 2014 politisch aktiv, ursprünglich bei der CDU.

„Der Schwarze Block ist eine Drohkulisse.“ Im Juli vergangenen Jahres schlugen Unbekannte die Fensterscheibe meines Autos ein. Sie wurden nicht gefasst, aber ich vermutete einen politischen Hintergrund. Bei einer Wahlkampfveranstaltung im Jahr 2019 ging mich ein Demonstrant an, versuchte mich mit seinem Kopf zu stoßen. Auch wenn sich der sogenannte „Schwarze Block“ der Antifa aufbaut, ist das eine Drohkulisse.

„Nazi“, „Rassist“, „Hetzer“ Online nimmt die Polarisierung zu. Entweder ist man Corona-Leugner oder befürwortet alles, was die Regierung macht. Dazwischen gibt es wenig. Ich selbst filtere in den Kommentaren auf Facebook Schlüsselbegriffe wie „Nazi“, „Rassist“, „Hetzer“ oder „Abschaum“ heraus. Damit fange ich einiges ab und sehe es nicht mehr. Über andere Kanäle werde ich weniger beschimpft.

„Angst ist ein schlechter Begleiter.“ Ans Aufhören habe ich noch nie gedacht. Als auf Wolfgang Schäuble geschossen wurde, hat er auch nicht aufgehört. Angst ist ein schlechter Begleiter. Wenn ich irgendwann mit Bodyguards durch die Stadt laufen muss, dann sollte ich aufhören.

„Die AfD hat die Grenzen des Sagbaren nicht verschoben.“ Dass die AfD die Grenzen des Sagbaren verschoben hat, sehe ich nicht. Besonders im Netz werden Aussagen verkürzt. Da kann schnell etwas gewaltverherrlichend wirken, was anders gemeint war.

„Das erzeugt Gegengewalt.“ Es ist einseitig zu sagen, nur die AfD ist polarisiert. Das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“ richtet sich konkret gegen die AfD. Es ist eine Plattform, um unsere Partei zu diskreditieren. Das erzeugt dann wieder Gegengewalt. Bei Demos muss die Aufgabe von Ordnungskräften und Politikern sein, Pöbeleien zu unterbinden. Ich gehe auch zu rechten Unruhdestiftern und spreche sie an.

„Behörden einschalten.“ Bei Gewalt muss man die Behörden einschalten. Was im Netz passiert, kann man zum Teil steuern. Auf der Kreisverbandsseite muss man Leute aus allen politischen Richtungen zur Ordnung rufen. Viel mehr kann man nicht machen.

Abstimmung in Umfrage: Beleidigungen online - häufig, Beleidigungen offline - selten, Bedrohungen online - selten, Bedrohungen offline - selten, Tätlicher Übergriff - selten, Soziale Ausgrenzung online - selten, Soziale Ausgrenzung offline - häufig, Besch. Sachgüter - manchmal, Nimmt Gewalt zu - ja